



► Kurz-Vita

Sahra Wagenknecht

Die 1969 in Jena geborene Sahra Wagenknecht machte 1988 ihr Abitur in Berlin. Von 1990 bis 1996 studierte sie Philosophie und Neuere Deutsche Literatur in Jena, Berlin und Groningen. Im September 1996 gelang ihr der Abschluss des Studiums in Groningen mit einer Arbeit über Hegel und Marx. Von 1991 bis 1995 war Wagenknecht Mitglied des Parteivorstandes der ehemaligen PDS, ebenso von 2000 bis 2007. In der Zeit von 2004 bis 2009 war Sahra Wagenknecht Mitglied des Europaparlaments und war dort in den Ausschüssen für Wirtschaft und Währung tätig. Im Mai 2010 wurde sie zur stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt, im November zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Ihr neuestes Buch trägt den Titel „Freiheit statt Kapitalismus“.

„Der Kapitalismus als Lebensform für die Ewigkeit ist reine Illusion“

DIALOG Sahra Wagenknecht eröffnet Wahlkampf in Elmshorn / UeNa-Interview über Gauck und „Die Linke“

Von Oliver Carstens

Uetersen. Sie gilt als die Ikone ihrer Partei und wird bei den anstehenden Wahlen zum Bundesvorstand sogar als eine mögliche Kandidatin für das Amt der Vorsitzenden gehandelt. Doch das ist Zukunftsmusik. Am Dienstag ist Sahra Wagenknecht zu Gast in Elmshorn und eröffnet für ihre Partei „Die Linke“ den Wahlkampf. Uetersener Nachrichten über die Nominierung von Joachim Gauck, den Kapitalismus als Lebensform und warum ihre Partei zuversichtlich ist, auch im nächsten Landtag von Schleswig-Holstein zu sitzen.

UeNa: Warum sollten die Wählerinnen und Wähler in Schleswig-Holstein „Die Linke“ wählen?

Wagenknecht: „Die Linke“ ist die einzige Partei, die für eine Schule für alle eintritt und Kürzungen im öffentlichen Bereich ablehnt, wie sie CDU und SPD durchsetzen wollen. Zudem lehnt sie als einzige Partei die Schuldenbremse ab, weil diese die Politik faktisch handlungsunfähig macht. Jede Stimme für uns ist eine Stimme für mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie und mehr Freiheit!

Ihre Partei wird von den anderen Parteien immer noch wie das ungeliebte Stiefkind behandelt. Auch bei der Nominierung des Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten blieben Sie außen vor. Liegt das an der Wahrnehmung der anderen oder gehen Sie innerhalb Ihrer Partei auch selbstkritisch mit den Argumenten der anderen um?

Dass „Die Linke“ im Gegensatz zu den anderen Bundestagsparteien nicht zu den Gesprächen über einen Kandidaten für das Bundespräsidentenamt eingeladen wurde, ist ein Unding und widerspricht demokratischen Gepflogenheiten. Doch auch dann hätten wir Joachim Gauck natürlich abgelehnt, denn seine Positionen stehen an zentralen Punkten konträr zu unseren: Gauck verteidigt Hartz IV und den Afghanistan-Krieg. Alternativen zur neoliberalen Politik und die Occupy-Bewegung findet er albern, Thilo Sarrazin mit seinen integrationsfeindlichen Thesen mutig. So ein Kandidat ist für uns unwählbar. Dass Joachim Gauck nun gemeinsam von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen nominiert worden ist, zeigt vor allem, dass sich die anderen Parteien kaum noch voneinander unterscheiden. Die einzige wirkliche Opposi-

tion in diesem Land sind wir. Nur „Die Linke“ steht für eine Politik, die nicht das Wohl der Märkte, sondern die Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Der Kapitalismus hat sich als „Lebensform“ in der Gesellschaft etabliert. Wieso glauben Sie, dass eine antikapitalistische Partei wie „Die Linke“ doch Zukunft in der deutschen Parteienlandschaft hat?

Auch die Sklavenhaltergesellschaft hatte sich mal etabliert. Trotzdem konnte sie überwunden werden, weil sie den Bedürfnissen der Mehr-

rechtigkeit und Demokratie wirklich umgesetzt sind. Das sind keine altbackenen Ideen von gestern, sondern Themen, die entscheidend sind für die Zukunft.

In Schleswig-Holstein wird über schwarz-rot, schwarz-grün oder rot-grün gesprochen. „Die Linke“ wäre nach derzeitigen Umfragen nicht mal im Landtag. Welches wäre Ihre favorisierte Konstellation nach der Wahl?

Es geht uns um einen Politikwechsel und nicht um Farbenspielerei. Wenn man die anderen Parteien an ihren Taten misst, steht keine für eine

sich die Politik in Schleswig-Holstein wirklich verändern.

Auch in Schleswig-Holstein wird die Schere zwischen Arm und Reich immer größer. Wieso können Sie als „Die Linke“ davon nicht profitieren?

Das liegt zum einen sicher auch daran, dass „Die Linke“ in der letzten Zeit viel zu oft mit internen Streitereien in den Medien war und unsere Politikvorschläge dadurch in den Hintergrund gerückt sind. Zum anderen läuft die Propagandamaschinerie der anderen Parteien wie geschmiert. Kleinere Parteien haben es da immer schwerer, erst recht wenn sie wie „Die Linke“ – im Gegensatz zu den anderen Parteien – über keine Mittel aus Großspenden von Konzernen oder Versicherungsunternehmen verfügt. Darauf sind wir allerdings auch stolz. Nur heißt das, dass wir mehr Kraft aufwenden müssen, um sichtbar zu sein und unsere Positionen in die Öffentlichkeit zu bekommen. Das gelingt uns gerade aber besser. Und ich bin sicher, dass wir bei der anstehenden Landtagswahl im Saarland ein gutes Ergebnis erzielen und dann im Mai auch hier in Schleswig-Holstein als einzige echte Oppositionskraft wieder in den Landtag einziehen werden!

„Auch die Sklavenhaltergesellschaft hatte sich mal etabliert“

Sahra Wagenknecht, zur Frage nach Kapitalismus als Lebensform

heit der Menschen nicht entsprochen hat. Ich denke, gerade in der aktuellen Schuldenkrise hat sich die Idee des Kapitalismus als der besten aller Gesellschaftsformen als reine Illusion herausgestellt. Die Menschen haben genug davon, von den Finanzmärkten regiert zu werden und suchen nach Alternativen. „Die Linke“ setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der soziale Ge-

soziale Politik für die Menschen in Schleswig-Holstein. Übrigens auch nicht „Die Piraten“, die die Schuldenbremse noch verschärfen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch am Sonntag arbeiten lassen wollen. Deshalb ist es so wichtig, dass „Die Linke“ wieder in den Landtag kommt und dort für eine andere soziale Politik kämpft. Denn nur durch Druck von links lässt

Gute Tipps für Eltern

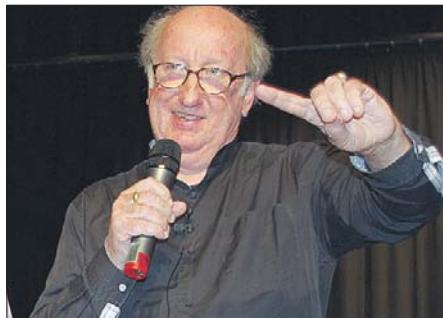
VORTRAG Erziehungswissenschaftler Jan-Uwe Rogge begeisterte

Von Heinke Ballin

Tornesch. Rund 440 Interessierte pilgerten auf Einladung des Fördervereins in die Mensa der Klaus-Groth-Schule, um einem Erziehungswissenschaftler zuzuhören: Jan-Uwe Rogge, über die Grenzen Deutschlands hinaus gerühmter Experte für alles, was Eltern beim Umgang mit den lieben „Kleinen“ zum Wahnsinn treiben kann und dessen Buch „Kinder brauchen Grenzen“ zum Bestseller wurde.

Dazu ist Rogge noch einer, der in bester Kabarett-Manier ein ernstes Thema wie Pubertät zu Realsatire werden lässt, Eltern unbarmherzig den Spiegel vorhält, in dem sie sich den Bauch haltend vor Lachen letztendlich selbst wiedererkennen. Pubertierende finden Eltern, die zu einem Erziehungsvortrag gehen, „echt ätzend“, beschreibt Rogge das besprochene Klientel, das sich normalerweise in dunkle, stickige Höhlen zurückzieht, in denen sie die Streuordnung pflegen und jeden Versuch von außen, etwas Sauerstoff hineinzubringen, heftig abwehrt. Taucht er oder sie nach mehreren Tagen aus der Höhle einmal auf, dann ganz sicher mit dem Vorwurf: „Ihr habt ja überhaupt kein Interesse an mir.“

Alle Bemühungen, ein partnerschaftliches und freundschaftliches Verhältnis zum pubertierenden Kind herzustellen, schlagen fehl, so Rog-



Der Erziehungswissenschaftler Jan-Uwe Rogge.

Foto: Ballin

ge. Kinder wenden sich häufig sogar vermehrt ihren Großeltern zu, sie würden bemerken, dass da ein gelebtes und kein gelabertes Leben sei. Mütter sollten im Alter von 35 aufhören, bei H & M einzukaufen, pubertierende Kinder empfinden ihre derart aufgezettelten Eltern als ausgesprochen „uncool“ und „peinlich“. Sie sollten hingegen endlich in Ruhe und bewusst älter werden und ihren Kindern Wurzeln vermitteln.

„Verstehen Sie sich nicht als gleichrangig, sondern als gleichwertig mit Ihren Kindern“, rief er den Anwesenden zu. „Das Reich der Freiheit können Pubertierende nur genießen, wenn sie bei Sturm den Hafen kennen, in den sie einlaufen können.“ Ein deutliches und klares „Nein“ sei manchmal sinnvoll. Sehr wirk-

samer Tipp des Erziehungsbereiters: Ein Plakat mit der Bezeichnung „Ich bin die gemeinste Mutter von Tornesch“ malen und androhen, sich damit vor die Klaus-Groth-Schule zu stellen. Er vermutet, dass der Sprössling mit aller Vehemenz das zu verhindern versuche und Verhandlungsbereitschaft erkennen lässt. Vätern warf Rogge Last-Minute-Erziehung vor. „Seien Sie den Lehrern dankbar, dass sie Ihnen ihre Östrogen-Zicken und Testosteron-Bomber über acht Stunden am Tag abnehmen.“ Pubertät heißt loslassen, meint Rogge, aber auch Geborgenheit und Halt geben. Dabei gelte es, dankbar zu sein, dass Eltern genau dieses Kind haben, aber auch so demütig zu sein, zu erkennen, was Eltern können und was sie niemals erreichen.

► Leserforum

Immer wieder neue Erkenntnisse und Überlegungen

Betreff: Leserbrief Manfred Mörker / Kindergartenbau, UeNa vom 24. Februar

Lieber Herr Mörker, Sie schreiben in Ihrem Leserbrief, dass die CDU alle Wünsche der Eltern, des DRK und nicht zuletzt auch die Wünsche der Sozialdemokraten außer acht lassen. Sie beschreiben das ganze letzte Jahr von der Entstehung der Verlagerungsdiskussion bis heute. Dabei ist auffallend, dass Sie immer darauf verweisen, dass sich die SPD von Anfang an für den Standort Schützenplatz ausgesprochen hat – und diese Meinung bis heute beibehalten hat. Wie Sie weiter ausführen, hat sich die CDU erst für den Schützenplatz, dann – nach weiteren Prüfungen – für den Erhalt des Standorts Friedlandstraße ausgesprochen, die Gründe (Verkehr, zentralörtlich, ...) dafür sind nachvollziehbar.

Der Erhalt des Standorts wäre seinerzeit mit einer mobilen Übergangslösung zu schaffen gewesen. Dieser ist mit deutlicher Ablehnung der Eltern und des Trägers entgegen getreten worden. Nun haben wir uns wieder damit beschäftigt, haben uns an den Runden Tisch gesetzt und weitere Möglichkeiten durchdacht. Im Zuge dieser Möglichkeiten, wurde sehr deutlich, dass wir in naher Zukunft einen weitaus größeren Bedarf an Betreuungsplätzen vorweisen müssen, aufgrund des Zuzugs in TaS. Also ha-

ben wir uns wieder mit den veränderten Situationen beschäftigt. Herausgekommen ist dabei, dass das Legionellen-Problem eine Zeitlang überbrückt werden kann, durch den Einzug einer neuen Kaltwasserleitung. Durch die neuen Betreuungsplätze an der Pommernstraße kann der Mehrbedarf gedeckt werden. So bleiben vorerst auch die Räumlichkeiten im DRK in ausreichender Größe.

Jetzt kommt sogar noch eine neue Variante ins Spiel. Die JSS will sich zu einer Ganztagschule entwickeln. Sie verweisen auf die Synergien. Wäre jetzt die KiTa in Bau, wie sie vor einem Jahr ange-dacht war, wüssten wir schon jetzt nicht mehr, ob sie den Anforderungen einer benachbarten Grundschule in Ganztagsbetreuung gewachsen wäre. Zudem bleibt die Frage, ob der Träger der KiTa auf Dauer die Bereitstellung der Verpflegung sichert. Denn mit Auslaufen der Hortbetreuung im kommenden Jahr (Umwandlung in Betreuungs-klassen), wird auch der entsprechende Trägervertrag auslaufen. Was passiert, wenn das Nachmittagsangebot von einem anderen Träger übernommen wird und nicht in beiden Einrichtungen der Selbige das Angebot darstellt? Herr Mörker, Sie sehen, es sind noch viele Fragen. Sie se-

hen auch, dass die CDU sich in dem ganzen letzten Jahr immer wieder bewegt hat, da es neue Kenntnisse und Überlegungen gegeben hat. Nur die SPD hält an einer einmal getroffenen Entscheidung fest und berücksichtigt keine weitere Entwicklung. Ja sogar die Wabe an der Pommernstraße lehnt sie ab, nur aus Trotz. Dabei übersehen Sie, dass wir zukünftigen Bedarf an weiteren Einrichtungen haben, dass die Fördergelder nur mit diesem Modell eingefordert werden können. Und Sie haben auch übersehen, dass wir uns weiterhin für den Bau einer DRK-KiTa westlich der Bahn stark gemacht haben – nur eben nicht sofort.

Jetzt schauen Sie einmal, wie viel Text zu den Überlegungen der CDU oben steht und wie viel zu den Aussagen der SPD? Merken Sie, wer sich mit der Entwicklung von Tornesch beschäftigt und wer nur eine einmal getroffene Entscheidung als die Einzige richtige betrachtet und damit einer Weiterentwicklung von Tornesch im Wege steht?

Christopher Radon
CDU Tornesch
Fraktionsvorsitzender

Leserbriefe stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar, die sich vorbehält, Manuskripte, die mehr als 1500 Anschläge beinhalten, zu kürzen.